

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit für eine Stellungnahme zur Roten Nummer 0820 H:

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Ausschuss für Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit empfiehlt dem Hauptausschuss den Senat aufzufordern,

1. den zuständigen Fachausschüssen und dem Hauptausschuss die gesamte Evaluation „Projektrevue eGovernment@School“ vollständig vorzulegen,
2. den zuständigen Fachausschüssen und dem Hauptausschuss die Ergebnisse einer vollständigen Wirtschaftlichkeitsberechnung mit einem Kostenvergleich für eine zentrale oder dezentrale Lösung vorzulegen, u. a. unter Berücksichtigung von
 - allen bisher verausgabten und noch ausstehenden Mitteln, insbesondere auch der Kosten der Bezirke, die für das Projekt eGovernment@School verausgabt wurden bzw. verausgabt werden müssten,
 - den jeweiligen Entwicklungskosten
 - den jeweiligen Installationskosten
 - den jeweiligen Betriebskosten
 - den jeweiligen Schulungskosten,
3. den zuständigen Fachausschüssen und dem Hauptausschuss einen Zeitplan bis zur Inbetriebnahme einer zentralen Lösung vorzulegen und darzulegen, wie in der Zwischenzeit den Schulen eine sichere Nutzung der Verwaltungssoftware gewährleistet werden könnte,
4. den zuständigen Fachausschüssen und dem Hauptausschuss darzulegen, ob und in welchem Maße an den einzelnen Schulen die notwendigen technischen Voraussetzungen (Datendurchsatz, Netzwerktechnik etc.) für eine geplante zentrale Lösung gegeben sind,
5. den zuständigen Fachausschüssen und dem Hauptausschuss darzulegen, wie und unter welchem finanziellen und organisatorischem Aufwand für die Schulen bei einer zentralen Lösung vermieden werden kann, dass IT-Sicherheitslücken und Datenschutzprobleme für die Datenhaltung jenseits der Schülerdatei und der Schulverwaltungssoftware auftreten,
6. die Möglichkeit einer hybriden Lösung zu prüfen und das Ergebnis den zuständigen Fachausschüssen und dem Hauptausschuss vorzulegen,
7. den zuständigen Fachausschüssen und dem Hauptausschuss zu berichten, inwiefern sich die vorhandene dezentrale Struktur mit einem späteren vollständigen Umstieg auf eine zentrale Lösung verträgt,
8. den zuständigen Fachausschüssen und dem Hauptausschuss zu erklären, was mit der bezahlten vorhandenen Technik der dezentralen Lösung geschehen soll, die für eine zentrale Lösung nicht weiter benötigt wird,
9. den zuständigen Fachausschüssen und dem Hauptausschuss darzulegen, was dafür und was dagegen spricht, den Rollout für Hard- und Software im Rahmen der dezentralen Serverstruktur für alle Schulen zeitnah erfolgreich abzuschließen, um ihnen die sichere Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten, unabhängig davon, welche Lösung später gewählt wird,
10. den zuständigen Fachausschüssen und dem Hauptausschuss darzulegen, welche Serverstruktur zukünftig für pädagogische Zwecke und eine Lernplattform für alle Schulen genutzt werden soll und welche Auswirkungen die jetzt anstehende Entscheidung zwischen einer dezentralen oder zentralen Lösung für die digitale Schulverwaltung auf die Entscheidung für die

pädagogische IT-Nutzung in organisatorischer, finanzieller, zeitlicher, IT-sicherheits- und datenschutzrelevanter Hinsicht hätte,

11. unverzüglich die ursprünglich für das Projekt zuständigen Steuerungsgremien wieder zu berufen und beständig einzubinden,

12. unverzüglich gegenüber den Schulen und den Bezirken eine transparente Informationspolitik über die weiteren Planungen zu eGovernment@School zu betreiben.